

Antrag

**der Abgeordneten André Trepoll, Dennis Gladiator, Birgit Stöver,
Stephan Gamm, Sandro Kappe (CDU) und Fraktion**

Betr.: Wer prüfen will, der will auch öffnen – Tideanschluss der Alten Süderelbe verhindern!

Der Bürgerdialog zur Alten Süderelbe vom 6. April 2022 hat die Betroffenen in ihren Vorbehalten erneut bestätigt: Weder nehmen die rot-grünen Regierungsfractionen die Sorgen der Menschen ernst, noch besteht ein erkennbares Interesse von SPD und GRÜNEN an echter Bürgerbeteiligung. So empfanden es allerdings nicht nur die lokalen Interessensgruppen wie beispielsweise das Aktionsbündnis Alte Süderelbe, die dem Format Anfang April beiwohnten. Jeder Beobachter versteht sofort, wie wenig auf politische Teilhabe gesetzt wird, wenn so eine brisante Thematik wie die Öffnungsdebatte der Alten Süderelbe in einem 90-minütigen, einseitigen Dialog zwischen Regierungsfractionen und Stiftung Lebensraum Elbe abgewickelt wird.

Nichtsdestotrotz existiert bereits seit 2018 ein begründeter Protest gegen die Öffnung der Alten Süderelbe. Quasi monatlich wuchs die ablehnende Haltung gegen die durch Rot-Grün geförderte Prüfung eines Anschlusses an den Tidehub der Elbe. Bis heute sind die Argumente identisch: Eine Wiederanbindung des Binnengewässers würde ein hamburgweit einzigartiges Biotop zerstören, das Trinkwasser im Hamburger Süden verunreinigen, die lokale Landwirtschaft vernichten, die Überschwemmungsgefahr für circa 70.000 Menschen auf den Stand der Sturmflut von 1962 zurückdrehen und so mehrere Tausend Menschen in ihrer Existenz gefährden.

Dagegen steht eines der wenigen Proargumente: Die laut der Drs. 22/7504 nicht quantifizierbare Reduktion der Sedimentierung im Hauptstrom der Elbe. Wohl gemerkt bei einem Kostenfaktor von mindestens 1 Mrd. EUR, die der Hamburger Steuerzahler dann für die Beschädigung der eigenen Stadt bezahlen müsste. Die rot-grünen Regierungsfractionen, die nicht den Anschein erwecken, die Menschen im Süden am Entscheidungsprozess zu beteiligen, müssen hier Klarheit schaffen. SPD und GRÜNE dürfen nicht zulassen, dass Hamburg eines der wertvollsten Ökosysteme wegen einer Maßnahme verliert, dessen Nutzen Stand heute immer noch gegen Null tendiert.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. jegliche Maßnahmen zur Öffnung der Alten Süderelbe zu stoppen;
2. mit Vertretern des Landes Schleswig-Holstein ein Datum für den Entscheidungsprozess zum Anschluss der Haseldorfer Marsch an die Tideelbe zu erarbeiten;
3. zu prüfen, inwiefern die Öffnung von Nebanelben an der Unterelbe alternativ Flutraum für die Tideelbe schaffen kann;
4. eine Stellungnahme des Bezirksamtes Harburg und des Bezirksamtes Hamburg-Mitte zur Öffnungsdebatte an der Alten Süderelbe einzuholen;
5. der Bürgerschaft bis zum 31. August 2022 zu berichten.